

KLIMADIALOG 2024



Das was er also - der **erste SPD-Klimadialog** im Herzen der SPD, im Willy-Brandt-Haus!
5 Stunden und 6 Panels mit **über 250 Teilnehmer*innen** aus Partei, Ministerien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Viele Spannende Impulse und Begegnungen.

Von Energiewende und Landwirtschaft, über Finanzierung und Industrie bis hin zu der Frage nach der klimapolitischen Rolle der SPD und nach passenden Narrativen wurde eines deutlich: **Gerechte Klimapolitik ist fester Kernbestandteil von Sozialdemokratie.**

Besonders danken wollen wir Saskia Esken, Matthias Miersch, Kevin Kühnert und Marie-Luise Wiedermann, die ermöglicht haben, dass wir diesem wichtigen Thema die Bühne geben konnten, die es verdient. Außerdem bedanken wir uns bei Thomas Losse-Müller, der mit seinem Input deutlich gemacht hat, für wen wir eigentlich welche Politik gestalten müssen, damit Klimapolitik für alle funktioniert!

Vielen Dank für das **überwältigend positive Feedback!** Wir freuen uns darauf, mit aller Motivation auf die zweite Ausgabe hinzuwirken! Abonniert für weitere Infos gerne unseren [Newsletter](#) und unterstützt [hier](#) gerne unsere Arbeit!

STRUKTUR

Ergebnis-Thesen.....	2
Inputs von Saskia Esken, Matthias Miersch und Thomas Losse-Müller, Marvin Strick & Finia Ehrentaut.....	3
Berichte der Panels: Von der Rolle der SPD in der Klimakrise bis zur Zukunft der Industrie.....	5
Ergebnisse der interaktiven Formate.....	10



Bildnachweise: Tadeusz Hmielorz (Bild links, Bild oben rechts), Leo Schneider (Bild unten links)

ERGEBNIS-THESEN



Als Ergebnis des Klimadialogs haben wir acht Ergebnisthesen herausgearbeitet, die für uns aus den Redebeiträge der Inputs und Panels des Klimadialogs hervorgehen. Wir wollen sie als Arbeitshypothesen für unsere weitere Arbeit als Klima.Gerecht nutzen, aber auch in die Partei tragen, um gemeinsam die Klimapolitik der SPD weiterzuentwickeln.

1. **Klimaschutz ist keine Frage von "wollen" oder "abgeholt werden müssen"**, die meisten Menschen in Deutschland wollen Klimaschutz angehen. **Als SPD** müssen wir den **Menschen ermöglichen diesen Schritt zu gehen**, wenn Sie es aus eigener Kraft nicht schaffen.
2. Die **deutsche Klimapolitik muss sozial gerecht sein**, damit Sie funktioniert und damit Menschen nicht in Not geraten. Deswegen ist **Klimapolitik eine Hauptaufgabe der SPD**.
3. Die **Energiewende ist der Schlüssel zu einer klimagerechten Zukunft**. Damit hier alle mitmachen und profitieren können, braucht es **regional abgestimmte und intelligente Lösungen** für den Hochlauf der Erneuerbaren Energien.
4. **Gerechter Klimaschutz** gelingt nur durch viele und **zeitnahe Investitionen vom Staat**. Dafür sind eine **gerechte Besteuerung und eine Reform der Schuldenbremse** nötig.
5. Die SPD kann **mehr mit sozialem Klimaschutz in der Debatte auftreten**. Dabei nehmen wir diejenigen in den Blick, **die wenig beachtet werden**, und **kommunizieren den Umbau** der Gesellschaft als die **Chance für mehr Gerechtigkeit und Teilhabe**, die sie darstellt.
6. Die SPD muss noch viel stärker die Chance nutzen, sich **zusammen mit Bäuer*innen** für eine **faire Landwirtschaft & natürlichen Klimaschutz** einzusetzen, und so gleichzeitig den **ländlichen Raum sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt** insgesamt zu stärken.
7. Deutschland soll **auch in Zukunft Industriestandort mit vielen guten Arbeitsplätzen** sein. Dafür muss jetzt durch **Investitionen** und **gerechte Regulierungen** der richtige Weg eingeschlagen werden.
8. **Eine gerechte Klimapolitik gelingt nur mit der SPD**. **Gerechtigkeit** und **Wohlstand** für alle funktionieren mit uns auch **während der Klimakrise** und dem nötigen **Umbau der Gesellschaft**. Dafür bleiben wir weiter im Dialog!



Bildnachweise: Benjamin Trunsch (Bild oben links), Tadeusz Hmielorz (Bild unten links), Viet Hoang Nguyen (Bild rechts)

INPUTS UND VORTRÄGE

SASKIA ESKEN

- Menschen äußern widersprüchliche Sorgen, mit denen wir umgehen müssen: Die Angst vor der ökologischen Zukunft und gleichzeitig die Angst vor den Lasten der Veränderung.
- Es ist wichtig, dass Politik in solchen Momenten nicht zu vorsichtig wird.
- Wir müssen als SPD Menschen eine Stimme geben, die sich Wandel nicht leisten können.
- Die Erhöhung des Anteils der EE von 45% 2020 auf mittlerweile 55% ist ein Erfolg, auf den die Koalition stolz sein kann.
- Der Verkehrssektor muss viel mehr beitragen!



Bildnachweis: Benjamin Trunsch

MATTHIAS MIERSCH

- Das Thema Klima ist keine konjunkturelle Frage. Planetare Grenzen sind unverrückbar und müssen immer fest im Blick sein.
- Die SPD lebt von der Frage der Solidarität: "Sicherheit im Wandel" ist auch ein moderner Spruch für eine SPD-Klimapolitik
- Gute Klimapolitik muss interdisziplinär gedacht werden und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik etc. erhalten. Ein Spartendenken wird nicht mehr funktionieren.

Beispiele sozialdemokratischer Klimapolitik:

- Das Klimaschutzgesetz setzt klare Ziele und verbindet sie mit einem Kontrollmechanismus, der auch gerichtlich eingeklagt werden kann
- Der organisierte Kohleausstieg inkl. Kohlekommission ist vorbildhaft für einen gemeinsamen Dialog mit Konsens am Ende, den es in der Klimapolitik häufiger bräuchte
- Mit Novelle des EEG stehen die Erneuerbaren Energien in überragendem öffentlichen Interesse. Dies kann Teil einer neuen Definition von Allgemeinwohl werden.
- Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeigt, wie hochsensibel man mit Themen wie Heizungen umgehen muss, die alle Menschen betreffen. Deswegen hat das Parlament das GEG massiv korrigiert.

Instrumente der Klimapolitik:

- Ordnungsrecht/Verbote sind häufig am gerechtesten, z.B. beim Tempolimit.
- Förderungen müssen so ausgestaltet werden, dass die Richtigen davon profitieren
- Preisgestaltung über Emissionshandel kann nur Signale senden und niemals lenken
- Die Rolle staatlicher Investitionen muss zentral kommuniziert werden



Bildnachweis: Benjamin Trunsch (Bild oben), Tadeusz Hmielorz (Bild unten)

INPUTS UND VORTRÄGE

THOMAS LOSSE-MÜLLER

- Klimapolitik machen wir, weil er sozial wichtig ist. Die Klimakrise schadet armen Menschen am stärksten, die reichen Menschen werden den Folgen ausweichen können. Trotzdem ist damit die Klimapolitik nicht direkt sozial gerecht.
- Die Vorstellung der Personas des Sozial-Klimarates verdeutlicht, dass es nicht nur sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage gibt: "Wie kann mich Klimapolitik belasten". Es zeigt sich auch, dass diese Antworten manchmal kontraintuitiv und komplex sind und entsprechend auch kluge Sozialpolitik erfordern.
- Praxisbeispiel: Bei 2500€ Monatseinkommen und 10% Ausgaben für die Klimaneutralität macht das in 15 Jahren eine Investitionssumme von 45.000€. Für eine Haussanierung von vielleicht 100.000€ reicht das nicht.
- Ein gutes Drittel des Landes erreicht unsere heutige Politik, für den Rest müssen wir mit staatlicher Daseinsvorsorge für die Wärmeversorgung aktiv werden, wenn es gelingen soll. Klimapolitik ist keine moralische Verpflichtung einzelner. Der Staat kann das leisten und auch Lasten gerecht verteilen.



Bildnachweis: Benjamin Trunsch

FINIA EHRENTRAUT & MARVIN STRICK

- Als Klima.Gerecht wollen wir eine Brücke bilden zwischen Aktivismus und Partei, zwischen Straße und Parlamenten. Das heißt wir demonstrieren mit Tausenden im Schlamm in Lützerath gegen ein Abgraben von Kohle und parallel kämpfen wir mit Parteitage-reden und Engagement in unseren SPD Gliederungen vor Ort in der Partei für mehr sozialdemokratische Klimapolitik.
- Wir wollen Klimaschutz für Menschen machen, und zwar nicht für die, die sich ein schönes Haus mit Klimaanlage kaufen und einfach auf einen Tesla umsteigen können, sondern eben für die, die das nicht können. Wir brauchen nicht nur Klimaschutz, sondern Klimagerechtigkeit!
- Wir können Klimaschutz als Elitenprojekte totdiskutieren und Konzepte über Konzepte entwickeln, die das eigentliche Problem nicht angehen und Ökologie ohne soziale Dimension denken. Oder wir können für Klimagerechtigkeit eintreten und Politik für die Leute machen, die wirklich jemanden brauchen, der die Stimme für sie erhebt.



Bildnachweis: Benjamin Trunsch

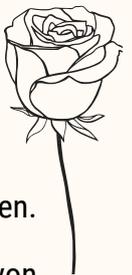
PANEL I: DIE ROLLE DER SPD IN DER KLIMAKRISE

Dass Klimapolitik und Sozialpolitik eng miteinander verbunden sind, darin waren sich *Saskia Esken (MdB, SPD Parteivorsitzende)*, *Brigitte Knopf (Zukunft KlimaSozial)* und *Carla Reemtsma (Fridays For Future)* von Beginn an einig.

Davon ausgehend stellten sich den drei Panelistinnen unter der Moderation von *Paul Schilling* jedoch mehrere herausfordernde Fragen. Wo ist die Klimakrise eine soziale Frage? Wie sieht soziale Klimapolitik eigentlich aus? Wie kompliziert darf sie sein? Kann die SPD gleichzeitig für ambitionierten Klimaschutz stehen und Gasbohrungen in der Nordsee genehmigen?

Neben vielen offenen Fragen bot die Diskussion aber auch Erkenntnisse darüber, welche Rolle der SPD zukommt. Ein digitaler, moderner Sozialstaat und soziale Förderung für nötige Investitionen ist Aufgabe der SPD. Ebenso eine Argumentation und Kommunikation, die deutlich sagt, worauf es ankommt und wie wir gemeinsam eine gerechte Zukunft gestalten können. Eine soziale Klimapolitik, die alle mitgestalten können.

ERGEBNISSE DES PANELS



Kommunikation

- Wir müssen Bürger:innen mehr Formate bieten, die auf Kommunikation und Vermittlung setzen. (Brigitte Knopf)
- Es braucht für die Bürger:innen konkrete Argumentation und Kommunikation. Bürger:innen dürfen von Entscheidungen nicht überrollt werden, wir müssen aufzeigen, wo eigene Gestaltungsmacht Probleme lösen kann. (Saskia Esken)
- Wir treffen zu wenig Richtungsentscheidungen, wo sie nötig sind. Stattdessen findet zu viel "Ja, aber" Kommunikation statt, wo Visionen kommuniziert werden müssten. (Carla Reemtsma)
- Bisher haben wir Wahlprogramme zu sehr in "Säulen" gedacht, es braucht aber nicht nur für die Klimapolitik ein Erzählen von Geschichten, die die Komplexität von Politik und gesellschaftlichem Wandel abbilden. (Saskia Esken)

Soziale Klimapolitik

- Unser Sozialstaat hat bisher viel zu sehr mit der Gießkanne gefördert. Wir brauchen einen digitalen Sozialstaat, der Bedürfnisse deutlich besser identifiziert und zielgerichtet hilft. (Brigitte Knopf)
- In jedem Fall kommt Wandel. Offen ist noch, ob zum Guten oder Schlechten. Es braucht ein stärkeres Verständnis von proaktivem Sozialstaat und Richtungsentscheidungen. (Carla Reemtsma)
- Die Eigentumsstruktur dieser Daseinsvorsorge neuer Energie- und Wärmeinfrastruktur ist zentral für die Gerechtigkeit. Auch weil die Finanzierung vieler Investitionen bisher vor allem über Netzentgelte geregelt wird. (Saskia Esken/Brigitte Knopf)
- Wir müssen den Menschen Wandel ermöglichen und auch auf das Gesamtbild der positiven Nebeneffekte schauen. (Brigitte Knopf)
- Es ist wichtig, Dinge zu unterlassen, die wir aktuell als Staat tun und die dem Klima schaden, bspw. die Entfernungspauschale. (Saskia Esken)



Bildnachweise: Tadeusz Hmielorz (Bild links, Bild rechts)

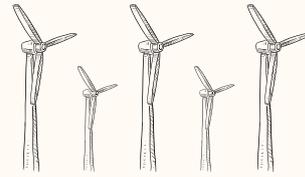
PANEL II: ENERGIEWENDE FÜR ALLE

Trotz Rekordwerten bei den Erneuerbaren und einer grundsätzlichen Zustimmung zu Klimaschutz in Deutschland, scheint unsere Energiewende von einer Erfolgsgeschichte noch weit entfernt. Laut der Bertelsmann Studie "Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit" sehen 55% der Deutschen bei der Energiewende den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr und nur 20% halten die Transformation für gerecht.

Mit diesen Zahlen eröffnete *Marie Luise Wiedermann* unser Panel "Energiewende für alle" mit *Nina Scheer* (MdB), *Klaus Mindrup* (Genossenschaftler und MdB a.D.), *Claudia Kemfert* (DIW) und *Simone Peter* (BEE).

Um diesen Trend umzukehren, brauche es laut den Panelist:innen mehr dezentrale, regional differenzierte und intelligente Lösungen für Netzausbau und Erneuerbare bei gleichzeitiger fairer Kostenaufteilung. Wenn der Staat mehr Unterstützung leistet und zudem die Effizienzgewinne und die geringeren Gestehungskosten der Erneuerbaren um die "klebrigen Finger" von Großkonzernen herum bei den Bürger:innen ankommen, dann bleibt die Energiewende nicht nur bezahlbar, dann profitieren alle.

ERGEBNISSE DES PANELS



Was kostet die Energiewende - Und wie wird Sie günstiger?:

- Grundsätzlich ist eine der besten Möglichkeiten, die Energiewende günstiger zu machen, ein höheres Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren. (Nina Scheer)
- Wir haben mit einer Debatte zu tun, in der auch oft Ängste geschürt werden. Menschen würden vom Umstieg profitieren, tun den Schritt aber nicht, weil sie denken ihnen entstände ein Nachteil. (Klaus Mindrup)
- Mit dem EEG wird bereits im großen Stil eine Demokratisierung der Energieversorgung erreicht. Was es jetzt braucht, ist noch mehr gemeinschaftliche Versorgung, bspw. durch Genossenschaften, wodurch auch Akzeptanz entsteht. (Simone Peter)
- Für die Bezahlbarkeit von Sanierungen und Energiewende ist es sinnvoll zu schauen, wann ein Optimum erreicht wird. Die ersten Maßnahmen und Initiativen bringen viel und kosten wenig, danach kippt das Preis-Leistungs-Verhältnis. (Klaus Mindrup)

Was braucht es jetzt beim MACHEN?:

- Wenn eine Energiewende gelingen und gerecht sein soll, braucht es deutschlandweiten Ausbau der Erneuerbaren. Aktuell ist die Ausbauteilung in Deutschland zu ungleich. (Claudia Kemfert)
- Wir müssen an die Netzentgelte ran, um klare Anreize zu geben, in bestimmten Stunden mehr oder weniger Strom zu verbrauchen. (Nina Scheer)
- Es ist enorm wichtig, sich gegen fossile und rechte Kampagnen zu wehren, welche die Energiewende blockieren wollen. Dazu braucht es emotionale Bilder von den Vorteilen der Energiewende. (Claudia Kemfert)



Bildnachweise: Viet Hoang Nguyen (Bild links, Bild rechts)

PANEL III: DIE FINANZIERUNG DER KLIMAPOLITIK

Geht es um eine erfolgreiche Wärmepolitik oder um eine gute Bahninfrastruktur. In nahezu allen klimapolitischen Debatten spielt die Frage der Finanzierung eine zentrale Rolle. Wo kommt das Geld für die Klimawende her? Warum subventioniert der Staat teilweise klimaschädliche Aktivitäten? Warum investiert der Bund weiterhin in fossile Aktien?

Auf unserem Panel "Finanzierung der Klimapolitik" haben *Armand Zorn (MdB)*, *Marina Guldemann (fiscalfuture)*, *Philippa Sigl-Glöckner (Dezernat Zukunft)* und *Philipp Türmer (Jusos)* darüber diskutiert. Moderiert hat unser Mitglied *Jonas Rogoll*.

Das Schlüsselwort der Debatte: Öffentliche Investitionen. Schnell. Ohne sie wird alles viel teurer. Ohne gibt es nicht genug private Investitionen. Ohne sie werden auch CO2-Preise nicht funktionieren. Investitionen, damit alle Menschen klimaneutral leben können!

ERGEBNISSE DES PANELS



Öffentliche Investitionen in Klimapolitik:

- Statt auf nominale Rekordinvestitionen zu schauen, sollten die Investitionsbedarfe im Vordergrund stehen (Philippa Sigl-Glöckner).
- Schon die aktuellen Schuldenregeln bringen bei anderer Interpretation von Notlagen und Bedarfen erhebliche Investitionsspielräume (Armand Zorn).
- Die Schuldenbremse ist ein Misstrauensvotum gegen den Staat und die Politik gespielt mit zufälligen Zahlen (Philipp Türmer).
- Auch auf der EU-Ebene muss vom Bedarf her gedacht werden. Die aktuellen Klimaziele können nur drei EU-Staaten in den aktuellen Fiskalregeln erreichen. Deshalb braucht es einen EU-Zukunftsfonds, der die Lücke nach dem Aufbauprogramm NextGenEU füllt (Marina Guldemann).
- Die neuen EU-Fiskalregeln sind nicht hinnehmbar. Steigende Zinsen und ausbleibende Investitionen sind die Konsequenz (Philippa Sigl-Glöckner).
- Die Schuldenbremse lässt u.a. finanzielle Transaktionen zu. Darlehen mit Gegenwert könnten an staatseigene Unternehmen vergeben werden (Philippa Sigl-Glöckner)

Sozial-ökologische Steuerreform:

- Klimaschädliche Investitionen müssen im Detail angeschaut werden. Subventionen können aber nicht abgebaut werden, wenn der soziale Druck dadurch stark ansteigt (Armand Zorn)
- Die aktuelle Erbschaftssteuer ist regressiv und muss grundlegend zu einer progressiven Erbschaftssteuer reformiert werden (Philipp Türmer).
- Eine CO2-Bepreisung könne nur funktionieren, wenn gleichzeitig eine verlässliche Infrastruktur besteht, die Menschen ein klimaneutrales Leben ermöglicht (Marina Goldmann).
- Wenn in den nächsten Jahren sowohl die CO2-Preise anstiegen als auch die EZB-Zinsen hochgehen, werden die privaten Klimainvestitionen einbrechen. Das ist eine große Gefahr! (Philippa Sigl-Glöckner).

Divestment:

- Beim Thema Divestment müssen wir mutige Schritte wagen, damit der Bund aus den fossilen Anlagen aussteigt. (Armand Zorn).



PANEL IV: KOMMUNIKATION VON KLIMAPOLITIK

Die Kommunikation in der Klimakrise bewegt sich ständig auf einem schmalen Grat zwischen der düsteren Aussicht auf katastrophale Folgen und der Hoffnung auf eine bessere, nachhaltige Zukunft. Ob wir dabei stärker von der Dystopie oder der Utopie beeinflusst werden, hängt maßgeblich davon ab, wie das Thema vermittelt wird und welche Emotionen es bei den Menschen auslöst.

In der Diskussion zwischen *Kevin Kühnert (SPD)*, *Sara Schurmann (Netzwerk Klimajournalismus)*, *Delara Burkhardt (SPD, MdEP)* und *Janna Hoppmann (ClimateMind)*, moderiert von *Annabel Schumacher* und *Caroline von Lampe*, wurde deutlich, dass die Kommunikation von Klimapolitik stärker an den Alltag der Menschen angebunden werden muss, um die Relevanz und Dringlichkeit des Themas besser zu vermitteln. Es besteht Nachholbedarf, Klimaschutz als Teil der Lebensrealität zu verankern, anstatt es als abstraktes Reizthema zu behandeln. Wichtiger Bestandteil erfolgreicher Kommunikation ist dabei die Betonung von Emotionen und der direkten Auswirkung auf individuelle Lebensbereiche.

Ebenso wurde deutlich, dass ein gemeinsames Narrativ in der Klimapolitik entscheidend sein kann, um eine kohärente Botschaft zu senden und öffentliche Debatten wie die Heizungsdebatte besser zu steuern. Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen spielt dabei eine zentrale Rolle, und dieses Vertrauen kann durch konkrete, greifbare Beispiele und gerechte Maßnahmen gestärkt werden.

Eine sozial gerechte Klimapolitik, die kollektive Lösungen in den Vordergrund stellt und die Menschen mit einbindet, ist unerlässlich, um sowohl gesellschaftliche Akzeptanz als auch nachhaltige Veränderungen zu erreichen.

ERGEBNISSE DES PANELS



- Die Kommunikation von Klimapolitik muss näher an den Alltag der Menschen heranrücken, um Verständnis und Akzeptanz zu schaffen (Delara Burkhardt)
- In der Kommunikation von Klimapolitik sollte weniger auf abstrakte Ziele, sondern vielmehr auf die konkrete Umsetzung und die Verteilung der Kosten fokussiert werden, um das Vertrauen in die Maßnahmen zu stärken (Kevin Kühnert)
- Ein klares und kohärentes Narrativ ist entscheidend, um die Dringlichkeit der Klimakrise verständlich zu machen und politische Maßnahmen effektiv zu vermitteln (Sara Schurmann)
- Kommunikation in der Klimakrise muss Menschen Selbstwirksamkeit vermitteln und zeigen, dass sie Teil kollektiver Lösungen sein können (Janna Hoppmann)



Bildnachweise: Benjamin Trunsch (Bild links, Bild rechts)

PANEL V: NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ UND LAWI

„8 inches of soil“ oder 20 Zentimeter - nur von dieser dünnen Schicht an fruchtbarem Boden hängen die Ernährung und somit das Überleben von uns als Menschen ab!

Deshalb ist es so wichtig, auch dem Schutz unserer Umwelt und Ökosysteme (wieder) mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wie können wir unsere Moore, Böden, und Wälder reparieren, dass sie wieder mehr CO2 speichern können? Wie unterstützen wir Landwirt*innen in dieser Aufgabe? Warum ist die zunehmende Konzentration von Flächen bei einigen Eigentümer*innen so gefährlich? Und was für eine Rolle spielt die Landwirtschaft schlussendlich für den Zusammenhalt im Land?

Diesen Fragen widmete sich auf dem SPD Klimadialog das Panel „Landwirtschaft und natürlicher Klimaschutz“. Unter der Moderation von *Maximilian Herzog* diskutierten *Kai Niebert* (Präsident des Deutschen Naturschutzring), *Xenia Brand* (Bundesgeschäftsführerin der ABL) und *Maria Noichl* (MdEP).

Deutlich wurde, dass eine nachhaltige Landwirtschaft nur mit mehr gesellschaftlicher & finanzieller Wertschätzung, einer Vielfältigkeit bäuerlicher Strukturen, sowie konsequentem Naturschutz gelingen kann. Die Sozialdemokratie hat hier großes Potential, die Debatte noch viel stärker zu prägen!



ERGEBNISSE DES PANELS

- Die Landwirtschaft & Ökosysteme sichern unsere Lebensgrundlage und haben das einzigartige Potential, CO2 zu speichern. Das hilft auch für das Erreichen der deutschen Klimaziele (Kai Niebert)
- Die Klimakrise und ihre Extreme zwischen Dürre & Starkregen haben schon heute große Folgen für Bäuer*innen. Das Gefühl, sich mit diesem neuen „Normal“ abzufinden zu müssen, ist krass (Xenia Brand)
- Die Landwirtschaft erbringt unheimlich wertvolle ökologische Dienstleistungen. Diese müssen gezielt unterstützt und nicht Subventionen per Gießkanne verteilt werden (Maria Noichl)
- Wir sollten nicht in Kategorien wie „Schmutz- oder Schutzgebiete“ denken. Die Landwirtschaft soll so ökologisch werden, dass man über solche Kategorien nicht mehr nachdenken muss! (Xenia Brand)
- Es gibt eine extreme Konzentration bei landwirtschaftlichen Flächen, die schlimmer ist als bei allen anderen Vermögenswerten! (Maria Noichl)
- Ökonom*innen wünschen sich aus Effizienzgründen oft wenige große Höfe. Doch Vielfalt bereichert uns. Jeder Hof zählt und hat seinen Wert für unsere Gesellschaft! (Xenia Brand)
- Wichtig ist eine SPD-Politik, die nicht nur einzelne Arten, sondern ganze Systeme schützt. Es braucht ein Verbesserungsgebot statt einem Verschlechterungsverbot! (Kai Niebert)



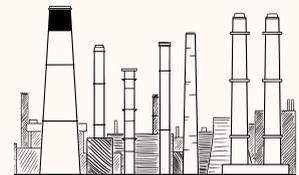
Bildnachweise: Leo Schneider (Bild links, Bild rechts)

PANEL VI: DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

Wo liegen die größten Herausforderungen für die Industrie und ihre Transformation? Wie stellen wir uns die Industrie der Zukunft vor und in welchem Umfang wollen wir mit aktiver Industriepolitik diesen Wandel begleiten und möglicherweise steuern? Diesen Fragen widmeten sich *Dr. Sophia Schönborn (IGBCE)*, *Verena Hubertz (MdB)* und *Christoph Podewils (Stiftung Klimawirtschaft)* unter der Moderation von *Linnea Weiss* auf dem Panel "Die Zukunft der Industrie". Die Diskussion zeigte klar, dass die zentralen Herausforderungen in der Infrastruktur und der Verfügbarkeit günstiger, nachhaltiger Energie liegen. Es mangelt an Investitionen, privates Kapital muss stärker mobilisiert werden, und der Fachkräftemangel brems zusätzlich.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass eine aktive Industriepolitik unabdingbar ist, um den globalen Wettbewerb zu bestehen und Innovationen voranzutreiben. Ein wesentlicher Lösungsansatz ist die Kombination aus digitaler und nachhaltiger Transformation, insbesondere mit dem Fokus auf Kreislaufwirtschaft und dezentralen Ansätzen, die regionale Innovationen wie in Trier sichtbar machen. Die Zukunft der Industrie wird maßgeblich von der Fähigkeit abhängen, Bürokratie abzubauen, technologische Innovation zu fördern und dabei die soziale Dimension nicht zu vernachlässigen.

ERGEBNISSE DES PANELS



Hebel für eine wettbewerbsfähige Industrie in Deutschland:

- Es gibt einen hohen Investitionsbedarf für den die Mobilisierung von privatem Kapital, die Reduzierung von Bürokratie sowie Einwanderung und inländische Mobilisierung gegen den Fachkräftemangel notwendig sind. (Verena Hubertz)
- Aktuell sind die größten Herausforderungen Infrastruktur und Energie; Wir haben viele Strategien, die jedoch nicht ausreichend und schnell genug in die Tat umgesetzt werden. (Dr. Sophia Schönborn)

Wollen wir die Industrie halten?:

- Es braucht Industrie in Deutschland und es braucht eine aktive Rolle des Staates bei den dafür notwendigen Investitionen. Wichtig ist dabei stärker zu erklären, warum wir Industrie brauchen, und den Industriebhilfen klare, auch soziale, Bedingungen anzuhängen. (Dr. Sophia Schönborn)
- Wir können nicht einfach auf aktive Industriepolitik verzichten, während andere Länder gleichzeitig auf Industriepolitik setzen. (Christoph Podewils)

Welche Forderungen sollte die SPD für die neue Legislaturperiode an Industriepolitik stellen?

- Wir sollten uns ernsthaft die Frage stellen, ob der CO₂-Preis das beste Instrument für die Transformation darstellt. Auch sollten wir nicht mehr nur vom Individuum, sondern auch über Gemeinschaftslösungen sprechen, zum Beispiel für ganze Quartiere. (Verena Hubertz)



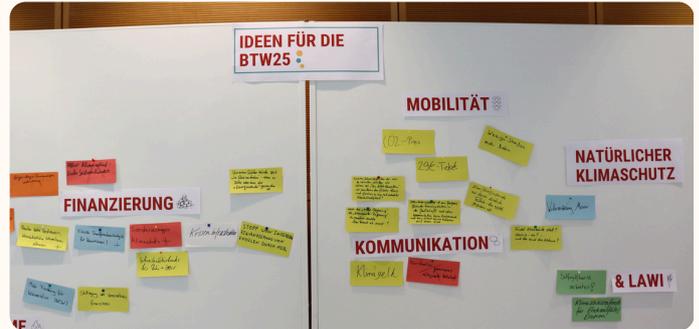
Bildnachweise: Leo Schneider (Bild links, Bild rechts)

EURE IDEEN FÜR DIE BTW 2025

Im Rahmen unseres interaktiven Formats haben wir wir nach Impulsen für die Bundestagswahl 2025 und Zukunftsvisionen für 2050 gefragt.

Es ergibt sich eine große Breite an Ideen vom Social Leasing bis zur Förderung von Paludikulturen in wiedervernässten Mooren.

Wir als Klima.Gerecht wollen die Ideen in unsere weitere Arbeit der nächsten Monate aufnehmen!



Bildnachweis: Viet Hoang Nguyen



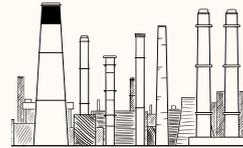
STROM

- Förderung von flexiblen Stromspeichern und nicht von Gaskraftwerken
- Energiearmut quantifizieren und wirksam bekämpfen
- Bürger:innen-Energiegenossenschaften fördern
- Steuervorteile bei Energie- und Stromsteuer progressiv je größer der Ausstoß
- Energiesparen fördern



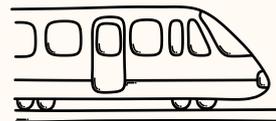
WÄRME

- Mehr Förderung von Wärmenetzen (BEW)
- Warmmietenneutralität einführen
- Einkommensabhängige Fördersätze bei der Bundesförderung für Effiziente Gebäudesanierungen
- Staatliche Sozialwohnungen sanieren
- Bezahlbare Fernwärme sicherstellen – Keine Profite von Energieversorgern zulasten der Verbraucher:innen zulassen
- Müllverbrennung reduzieren – Stattdessen echte erneuerbare Fernwärme
- Weiße Zertifikate bzw. Energieeffizienzverpflichtungssystem als Instrument gegen Energiearmut (siehe ECO in United Kingdom)
- Preisdeckel für Wärmepumpen-Stromtarife – einkommensgestaffelt
- Keine Umlage von übersteuerten Wärmelösungen (Wasserstoff, Biomethan) an Mietende
- Planvoller Ausstieg aus der Gasnetzinfrastruktur: Vermeidung explodierender Netzentgelte, Gasausstiegsgebiete in kommunaler Wärmeplanung, neue Geschäftsmodelle für kommunale Unternehmen
- Verpflichtende Klimaneutralitätspläne für alle Großvermieter:innen (z.B. Vonovia)



INDUSTRIE

- Industrie beim Energiesparen mehr in die Pflicht nehmen, momentan leisten dort Haushalte mehr
- Energieeffizienzpotentiale heben, inkl. großflächiger Elektrifizierung
- Kein CCS, stattdessen echte Lösungen wie Mehrweg, weniger Plastik und weniger Müllverbrennung
- Keine Förderung von blauem Wasserstoff
- Langlebigkeit von Produkten regulieren (ähnlich der Flottenpolitik bei Autos)
- Werbeverbote für klimaschädliche Produkte
- Reparatur und weniger schädliche und gesundheitsgefährdende Chemikalien und Produkte



MOBILITÄT

- Deutschlandticket erhalten
- Weniger Straßenausbau, öffentlichen Nahverkehr ausbauen und flexibler gestalten
- Social leasing für kleine, geteilte E-Autos im ländlichen Raum für ärmere Haushalte
- 29€-Ticket einführen
- Bonus-Malus System im Verkehr: 4% auf Kauf eines Verbrenners, 4500€ Förderung bei E-Auto-Kauf
- Mobilitätsbudget für alle statt Dienstwagenprivileg für wenige
- Modernisierung des Straßenverkehrsrechts: Freiheiten für Kommunen zugunsten der Verkehrswende vor Ort
- Bedarfsplanüberprüfung für Fernstraßenausbau (BPÜ für BVWP)
- Bundesmobilitätsgesetz als Rahmen für eine nachhaltige und moderne Mobilitätspolitik
- Kilometerabhängige PKW-Maut auf allen Straßen

EURE IDEEN FÜR DIE BTW 2025



KOMMUNIKATION

- Bildungskampagnen für Klimagerechtigkeit
- Verbesserte Kommunikation von Klimaschutzmaßnahmen: Negativbeispiel Heizungsgesetz
- Klima- und Energiewende gelingt nur durch direkte Teilhabe. Diese muss sich verbessern.
- Klimakrise als größtes sicherheitspolitisches Thema hervorheben
- Koordination und gemeinsame alltagsnahe Botschaften
- Auf Fragen und Sorgen der Menschen „echte“ politische Antworten geben (einfach + verständlich)
- Klimapolitik nicht als individuelle Herausforderung verkaufen, sondern in vielen Bereichen als staatliche Daseinsvorsorge, auf die Menschen zugreifen können und die das Leben mittel- und langfristig erleichtert (ÖPNV-Netze, Wärmenetze, Stromnetze).



LAWI & NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ

- Sulforylfluorid verbieten
- Klimaschäden-Fonds für Ernteauffälle/Erosionen
- Ackerland für Bauern und nicht für Investoren freigeben
- Verbot von Massentierhaltung
- Um- und Abbau der Tierhaltung
- Mehr Tierschutz
- Keine Gentechnik
- Pestizidexporte verbieten
- Wiedervernässung von Mooren + Anbau von Paludikulturen
- Ausweisung von mehr Naturschutzgebieten



FINANZIERUNG

- Vermögende stärker besteuern
- Klimaschädliche Subventionen abbauen
- Flexible Transformationsbudgets für Kommunen bereitstellen
- Kriseninfrastruktur ausbauen
- Stilllegung von Gasnetzen finanzieren
- Stopp von indirekter Finanzierung fossiler Industrien
- Klimageld
- Klimasozialfonds
- Infrastrukturfonds für Bahn und ÖPNV
- Sondervermögen Klimaschutz
- Fossilfreiheit aller staatlichen Kapitalanlagen
- Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz ins Grundgesetz, damit Kommunen finanziell besser aufgestellt sind
- Mehr privates Kapital für die Energiewende im öffentlichen Bereich mobilisieren (z.B. Klimafonds)
- MWSt. /USt.-Senkung für Klimaschutztechnologien (z.B. Wärmepumpen)



ZUKUNFTSVISIONEN 2050

- Gefühl der Verbesserung im Jahr 2050 haben
- Eine Klimapolitik, die für alle funktioniert
- Klimaneutralität verbunden mit sozialen, gesunden und ökologischen Lebensbedingungen
- Gemeinwohlorientiertes Wirtschaftssystem & Überwindung des Kapitalismus
- Überleben von Planet und Menschen ist gesichert
- Gemeinwohlorientierte erneuerbare Energieversorgung, die der Gemeinschaft gehört